Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Stadtbürgerschaft 9. Wahlperiode: 1975-79

(22.11.1976) Drucksache 9/182

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Stadtbürgerschaft
9. Wahlperiode

Drucksache 9 / 182 S
(zu Drs. 9 / 3 S und 9 / 118 S)
22. 11. 76

BERICHT des Rechnungsprüfungsausschusses „Stadt" zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 1974 (Mitteilung des Senats vom 13. Oktober 1975 Drs. 9/3 S) und dem Bericht des Rechnungshofes zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) vom 30. Juni 1976 Drs. 9/118 S)

Der Ausschuß hat sich in mehreren Sitzungen mit der Haushaltsrechnung 1974 und vor allem mit den Ergenissen der Rechnungsprüfung befaßt. Der Rechnungshof und die Finanzverwaltung sowie die Verwaltungen, zu deren Haushaltsführung der Rechnungshof Bemerkungen für erforderlich hielt, sind hinzugezogen worden. Die Beschlüsse des Ausschusses wurden mit Ausnahme zu Tz. 2 und der Entscheidung über die Entlastung des Senats einstimmig gefaßt.

1. **Unfallhilfestellen**
   Tz. 17 des Rechnungshofsberichts

Im Hafengebiet von Bremerhaven bestehen drei vom Hafengesundheits- und Quarantäneamt betriebene Unfallhilfestellen. Deren Aufgaben sind von den Berufsgenossenschaften und Unternehmen wahrzunehmen. Der Rechnungsprüfungsausschuß begrüßt es, daß die Unfallhilfestellen auf Anregung des Rechnungshofes in absehbarer Zeit geschlossen werden.

2. **Kommunale Wohnungsvermittlung**
   Tz. 18 des Rechnungshofsberichts

Der Rechnungshof schätzt den Erfolg der im April 1974 eingeführten kostenlosen kommunalen Wohnungsvermittlung gering ein und hält den Einsatz der dafür aufgewendeten öffentlichen Mittel nicht für gerechtfertigt.

Die Verwaltung hat die Effektivität geprüft. Ihr haben im ersten Halbjahr 1976 1.100 Wohnungsangebote vorgelegen, und zwar zu 63 % von Wohnungsbaugesellschaften und zu 37 % von Privatpersonen. 740 der angebotenen Wohnungen wurden im ersten Halbjahr 1976 vermittelt. Die Kosten pro Vermittlung belaufen sich auf 125,– DM. In anderen Städten betragen sie 400–500 DM.

Außer von der Kommunalen Wohnungsvermittlungsstelle werden Wohnungen auch von den Ortsämtern kostenlos vermittelt. Der Rechnungsprüfungsausschuß bittet die Deputation für Bau und Raumordnung um Prüfung, ob eine Zentralisierung bei der Kommunalen Wohnungsvermittlung sinnvoll ist.

3. **Wasserwirtschaftsamt**
   Tz. 25 des Rechnungshofsberichts

Bei einer Baumaßnahme ist es wegen der nicht ordnungsgemäßen Abrechnung durch einen inzwischen verstorbenen Sachbearbeiter zu erheblichen Überzahlungen gekommen. Die Beträge sind inzwischen weitgehend zurückgezahlt worden. Der Restbetrag wird mit Forderungen der beteiligten Firma aufgerechnet werden.

4. **Neubau Gymnasium Lesum**
   Tz. 26 des Rechnungshofsberichts

Bei der Baumaßnahme kam es nach Ansicht des Rechnungshofs zu erheblichen Überzahlungen, die zum wesentlichen Teil auf unterschiedliche Auslegung der GOA beruhen. Bisher ist erst ein Teil der Beträge zurückgezahlt.

Der Rechnungshof wird gebeten, später erneut zu berichten.

5. **Personalausgaben wegen Rationalisierungsmaßnahmen**
   Tz. 29, 30 des Rechnungshofsberichts

Aufgrund von Tarifverträgen über den Rationalisierungsschutz haben Arbeiter und Angestellte, die ihren Arbeitsplatz wegen Rationalisierungsmaßnahmen verlieren, einen Anspruch auf Abfindung. Eine zusätzliche Zahlung von Übergangsgeld schließen die Tarifverträge aus. Dennoch wurde Übergangsgeld gezahlt, und zwar aufgrund einer Dienstvereinbarung, die ein Jahr vor Inkrafttreten der Tarifverträge abgeschlossen worden war. Der Rechnungshof geht davon aus, daß die Dienstvereinbarung durch § 62 Abs. 1 des Bremischen Personalvertretungsgesetzes in Verbindung mit den Tarifverträgen über den Rationalisierungsschutz außer Kraft getreten sei. Die Senatskommission für das Personalwesen teilt diese Ansicht. Sie hat Verhandlungen mit dem Gesamtpersonalrat aufgenommen mit dem Ziel, die Dienstvereinbarung durch Grundsätze für Sozialpläne bei Rationalisierungsmaßnahmen zu ersetzen.

Der Rechnungsprüfungsausschuß regt an, die Deputation für öffentliches Dienstrecht über die Verhandlungen zu unterrichten und bittet den Senat, ihm das Ergebnis der Verhandlungen bis zum 1. 7. 1977 mitzuteilen.

Der Rechnungsprüfungsausschuß wird Sachverhalte wieder aufgreifen, die nicht befriedigend gelöst werden. Im Hinblick darauf hat die Mehrheit des Ausschusses keine Bedenken, daß dem Senat Entlastung erteilt wird.

Wedemeier

(Vorsitzender)